

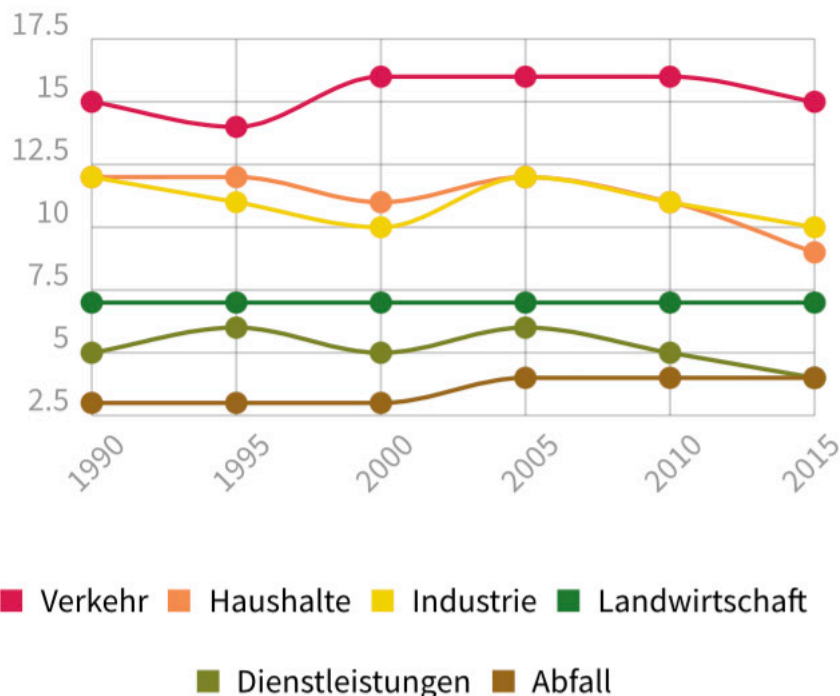
Massnahme 13

Ein Moratorium für den Ausbau der Straßeninfrastruktur ausrufen

Problematik

In der Schweiz ist der Verkehr der Hauptfeind des Klimas. Er produziert 33% der Treibhausgase, wobei der internationale Flugverkehr aus der Schweiz nicht berücksichtigt ist. Die daraus resultierenden Kosten für die Umwelt, die Gesellschaft und künftige Generationen sind enorm.

Die Schweizerinnen und Schweizer sind sehr mobil: Im Durchschnitt legen wir jeden Tag 36,8 Kilometer zurück, zwei Drittel davon mit dem Auto. Fast 80% der Schweizer Haushalte besitzen ein privates Fahrzeug. Damit ist der Verkehr der grösste Verursacher von Treibhausgasen in der Schweiz. Etwa ein Drittel dieser Ausstösse stammen aus dem Verkehr, zwei Drittel davon aus dem privaten Pkw-Verkehr.



Emission de gas à effet de serre par secteur en million de tonnes CO₂ équivalent

Situation im Kanton Freiburg

In unserem Kanton ist die Situation noch dramatischer. Gemäss dem Mikrozensus 2015 gehört Freiburg mit einer durchschnittlichen Tagesdistanz von 45,6 km und einem Anteil des motorisierten Individualverkehrs von 74,2% an der Tagesdistanz zu den Kantonen mit den höchsten Werten. Die meisten Reisen dienen der Freizeit (40%) und der Arbeit (24%).

Vor diesem Hintergrund ist es unvorstellbar, dass der Staat Freiburg massive Investitionen in den Ausbau der Strasseninfrastruktur in Betracht zieht:

- Marly - Matran: ein pharaonisches Projekt, das weit über 300 Millionen Franken kosten soll, um 4 Brücken über ein Schutzgebiet von kantonaler Bedeutung zu bauen, mit einer zweitklassigen Fahrradlösung und ohne öffentlichen Verkehr, obwohl die aktuellen Verkehrsströme den Bau dieser Strasse absolut nicht rechtfertigen.
- Die Umfahrungsstrassen von Romont, Kerzers und Prez-vers-Noréaz.

Förderungen der NROs

Der Staat Freiburg:

- Friert den Ausbau der Strasseninfrastruktur, einschliesslich der vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) geplanten Projekten, unverzüglich ein und gibt ein klares Bekenntnis zur Verkehrsverlagerung ab, insbesondere durch das neue Gesetz über die Mobilität.
- Investiert die für Strassen vorgesehenen finanzielle Mittel wie folgt in alternative Mobilität:
 - » Der Staat gibt Studien in Auftrag, um zu ermitteln, welche Investitionen erforderlich sind, um den Einwohnern, Arbeitnehmern und Besuchern alternative und multimodale Mobilitätsinfrastrukturen zur Verfügung zu stellen: Parkplätze, Fussgänger- und Fahrradwege, öffentliche Verkehrsmittel, usw.
 - » Der Staat unterstützt die Gemeinden bei der Errichtung dieser Infrastrukturen.
 - » Der Staat investiert in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.